



**EXPO2000
HANNOVER**

Die Weltausstellung

Landeshauptstadt



Hannover

Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
im Büro Oberbürgermeister

Rathaus | Trammpplatz 2 | 30159 Hannover

Ihre AnsprechpartnerIn:

Telefon | 0511 168
Fax | 0511 168

Hannover

Rede von Oberbürgermeister Stephan Weil zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2010

erinnern Sie sich noch an meine letzte Haushaltsrede? Sie haben sie genau vor 364 Tagen gehört, am 11. September 2008. Ich hatte berichtet, dass die Stadtverwaltung Ihnen nach mehreren Jahren mit Überschüssen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen würde und wir auf dieser Grundlage die Investitionen erhöhen könnten. Der größte Aufreger war seinerzeit die erwartete Erhöhung der Regionsumlage – eine Diskussion, die sich aus heutiger Sicht eher niedlich ausnimmt.

Denn vier Tage später, am 15. September 2008, meldeten die Lehman-Brothers in New York Insolvenz an. Ich muss zugeben, ich hatte von diesem Kreditinstitut mit dem eigentlich vertrauenerweckenden deutschen Namen noch nie etwas gehört, aber das änderte sich in den nächsten Tagen gründlich. Eine Hiobsbotschaft jagte die andere und heute wissen wir: Das internationale Bankensystem stand unmittelbar vor der Kernschmelze. Die Auswirkungen auf die Realwirtschaft trafen mit einiger Verzögerung ein und Teil der Realwirtschaft ist auch unser Haushalt: Die ersten Auswirkungen waren dort dann schon in einem Veränderungsdienst und dem Beschluss zum Haushalt 2009 zu sehen. Die Prognose war ein deutliches Defizit. Damit hatte es aber noch kein Ende. Zwei Nachtragshaushaltspläne wurden im Rat im ersten Halbjahr beschlossen. Das ist ein absolutes Novum. Mit dem einen sind zusätzliche Investitionen durch das Konjunkturprogramm möglich geworden, dem wir übrigens nicht zuletzt zu verdanken haben, dass die Auswirkungen der Krise heute noch nicht allzu spürbar sind. Mit dem anderen haben wir eine Kapitalmaßnahme für die Deutsche Messe AG beschlossen. Dabei ging es um nicht weniger, als die langfristige Sicherung des Messestandortes Hannover.

Alles in allem haben wir ohne Übertreibung in den vergangenen zwölf Monaten einen finanzpolitischen Erdbeben erlebt. Und noch wissen wir nicht, ob wir schon wieder sicheren Grund unter uns haben. Das Umfeld, in dem wir heute den Haushalt für das Jahr 2010 einbringen, ist ein völlig anderes als vor einem Jahr.

Wenn ich es recht sehe, dann ist dieses Umfeld

Dramatische Entwicklung in den letzten zwölf Monaten

durch drei unterschiedliche Krisen gekennzeichnet.

Da ist zunächst einmal die Wirtschaftskrise. Das Jahr 2009 beschert uns den schärfsten Abschwung der deutschen Wirtschaft seit Gründung der Bundesrepublik. Und alle Fakten sprechen dafür: Diese Wirtschaftskrise dauert an. In der Bankenwelt lauern sicher noch erhebliche Risiken. Und in der Automobilwirtschaft wird nach dem Ende der Abwrackprämie eine schwierige Zeit zu überstehen sein. Momentan bemühen sich manche Wahlkämpferinnen und auch Wahlkämpfer, die gute Laune nicht zu trüben. Die Wahrheit sieht anders aus, bis die Wirtschaftslage wieder derjenigen vor der Krise entspricht, werden vermutlich einige Jahre vergehen.

Deswegen haben wir auch eine Finanzkrise. Die Nachricht des Jahres aus meiner Sicht war am 9. Juli zu lesen. Da hatte gerade der Finanzplanungsrat getagt, in dem der Bund und die Länder versuchen, die Zukunft der öffentlichen Finanzen vorherzusagen. Diese Zukunft ist rabenschwarz. In 60 Jahren Bundesrepublik sind 1,5 Billionen Euro Schulden des Staates aufgelaufen, das sind 1500 Milliarden. In den nächsten vier Jahren kommen noch einmal eine halbe Billion Euro hinzu. Der Hauptgrund sind Steuerzufälle, die durch Kreditaufnahme kompensiert werden sollen. Wenn man einige steuerpolitische Aussagen im Wahlkampf hört, dann glaubt man, die Steuerersenkungsversprecher leben in einer anderen Welt.

Das führt mich zur dritten Krise: Der Vertrauenskrise. Der Verband der kommunalen Unternehmen, die Vereinigung der deutschen Stadtwerke, hat im Sommer eine Haushaltskundenbefragung durchgeführt. Es ging um das Vertrauen in Institutionen und die Stadtwerke können mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein, denn 81 % der Befragten bringen ihnen Vertrauen entgegen, damit liegen sie sogar noch vor den Sparkassen, denen 65 % ihr Vertrauen schenken. Die privaten Banken kommen nur noch auf 36 %, Großunternehmen und Konzerne auf 26 %. Die rote Laterne haben die Politiker, denen gerade einmal 14 % vertrauen – ein schlimmer Wert, wie ich finde. Und ich fürchte, jetzt die konkret absehbaren Probleme der öffentlichen Finanzierung überhaupt nicht zu diskutieren und sogar Steuerersenkungen zu versprechen, wird dieses unzureichende Vertrauen noch weiter beschädigen. Denn nach den Wahlen wird davon keine Rede mehr sein, höchstens vom Gegen-

Haushalt im Umfeld verschiedener Krisen

Kein Ende der Wirtschaftskrise

Krise der öffentlichen Finanzen

Schwindendes Vertrauen in Politik

teil.

Soweit das Umfeld, aber wie sollen wir kommunalpolitisch mit dieser Krise, besser gesagt: diesen Krisen, umgehen? Mein Vorschlag lautet – durch Klartext! Durch eine ungeschminkte Analyse und eine ehrliche Auskunft darüber, was geht und was nicht geht. Durch konkrete Vorschläge, wie wir den Auswirkungen der Krise entgegentreten können, und durch eine klare Strategie, wie unsere Stadt gestärkt aus dieser Phase herauskommen kann. Ich bin der festen Überzeugung, dass am Ende eine solche Haltung allen Beteiligten besser ansteht, als Schönreden oder Abtauchen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Lage, wie folgt dar: Wir haben in diesem und im nächsten Jahr jeweils Einnahmeverluste in Höhe von etwa 150 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2008 zu erwarten. Auf eine rasche Besserung können wir nicht hoffen, und es wird einige Jahre dauern, bis wieder das frühere Einnahmenniveau erreicht werden kann.

Vergleicht man diese Ratsperiode mit einem Fußballspiel, dann haben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine sehr gute erste Halbzeit erlebt. Wir haben vier Jahre lang hintereinander jahresbezogene Überschüsse erzielt und Altdefizite kräftig abbauen können. Aller Voraussicht nach wird die zweite Halbzeit deutlich schwieriger werden und die Haushaltskonsolidierung wird ein absolut dominantes Thema auch Ihrer Tätigkeit sein.

Deswegen vermute ich, dass der Entwurf für „HSK VII“ bei Ihnen auf mehr Interesse stoßen wird, als der für den Haushalt 2010. Es handelt sich um das 7. Konsolidierungsprogramm seit 1993 und einmal mehr beschreiben wir, in welchem Umfang und mit welchen Maßnahmen wir in den nächsten 3 Jahren den städtischen Haushalt entlasten können. Das Volumen beträgt unserem Vorschlag nach ca. 55 Millionen Euro. Um es klipp und klar zu sagen, damit wird ein Haushaltsausgleich nicht möglich sein. Wir sehen uns ebenso wenig wie der Bund und das Land in der Lage, die verheerenden Steuerausfälle kurzfristig zu kompensieren. Wer sich dieses Ziel setzt, müsste die Infrastruktur in unserer Stadt flächendeckend aufgeben. Das gilt für Sport und Kultur, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Umweltschutz und sozialen Ausgleich.

**Kommunales Krisenmanagement:
Ungeschminkte Analyse und
konkrete Vorschläge**

Hohe Einnahmeverluste

**Haushaltskonsolidierung do-
minantes Thema der nächsten
Jahre**

**Keine vollständige Kompensa-
tion der Steuerausfälle kurz-
fristig möglich**

Unser Vorschlag ist ambitioniert. Nach 1 ½ Jahrzehnten der Haushaltskonsolidierung gibt es keine einfachen Sparmaßnahmen mehr. Mit unseren Vorschlägen fordern wir viele Beteiligte, vor allem in der Stadtverwaltung selbst. Ich weiß das und ich habe eine Reihe von kritischen Diskussionen zu diesem Thema noch gut im Ohr. Ich bin aber auch überzeugt, wir fordern die Stadtverwaltung mit diesem Programm, wir überfordern sie nicht.

Dass die Stadtverwaltung sich selbst in die Pflicht nimmt, ist auch eine wichtige Voraussetzung für unsere weiteren Vorschläge, zum Beispiel die Einnahmen zu erhöhen. Autofahrer, Hundebesitzer, Schwimmbadbesucher – sie alle werden mit unseren Vorschlägen nicht zufrieden sein. Es ist aber schlichtweg nicht möglich, die Folgen einer einzigartigen Wirtschaftskrise so zu bearbeiten, dass die Bürger sie nicht spüren. Das gilt auf der kommunalen Ebene und ich fürchte, nach den Bundestagswahlen wird diese Erkenntnis auch auf Landes- und Bundesebene dämmern.

Unser Programm zur Haushaltskonsolidierung ist unter dem Strich, wie ich finde, ein ausgewogenes Konzept, das die unterschiedlichen Möglichkeiten unterschiedlicher Beteiligter berücksichtigt. Es ist definitiv kein Rasenmäher-Programm. Und insbesondere dementiert dieses Programm nicht die Schwerpunkte der letzten Jahre. Ganz im Gegenteil: Es bestätigt diese Schwerpunktsetzung. Das heißt: Die Einnahmeausfälle haben nicht unsere Auffassung von Stadtpolitik verändert. Nichts ist weniger wichtig, nur weil weniger Geld da ist.

Lassen Sie mich deswegen 4 Bereiche hervorheben, die Sie nicht in HSK VII finden werden:

Wir schlagen zunächst einmal nicht vor, öffentliche Einrichtungen zu schließen. In den vergangenen vier Jahren haben wir gezeigt, dass wir unter normalen wirtschaftlichen Bedingungen in der Lage sind, die bestehende Infrastruktur zu finanzieren. Ich möchte jetzt unter dem Eindruck einer bislang einmaligen und hoffentlich nicht wiederkehrenden Wirtschaftskrise keine Einrichtungen zur Disposition stellen, die sicherlich nicht wiederkehren, wenn wir sie einmal abgeschafft haben. Ich muss allerdings ausdrücklich hinzufügen, dass dahinter die Hoffnung steht, nach

Ambitionierte Vorschläge

Belastungen für Bürger unvermeidbar

Bestätigung von Schwerpunkten

Keine Schließung öffentlicher Einrichtungen

Ende des jetzigen Wirtschaftszyklus wieder eine hinreichende Leistungsfähigkeit der Stadt feststellen zu können. Sollte dies nicht möglich sein, werden wir uns bei einem Haushaltssicherungsprogramm VIII sicherlich in dieser Hinsicht schwierige Fragen stellen müssen.

Zweitens haben wir beim Sparen um die Belange von Kindern und Jugendlichen im Wesentlichen einen Bogen gemacht. Das ist eine wichtige Orientierung bei der Erstellung des Programms gewesen, denn Hannover wendet fast 20 % seiner Ressourcen für die Bildung und Betreuung von jungen Menschen auf. Wir reden hier von fast 300 Millionen Euro. Es handelt sich also nicht nur um ein Thema für Grundsatzreden aller Art, sondern um einen Kernbestand unserer Aktivitäten. Bildung ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage. Bei dieser Gelegenheit möchte ich festhalten: Ich bin sicher, die Menschen in unserer Stadt verstehen unsere finanzielle Lage und verstehen auch, dass wir Einsparungen und Einnahmeerhöhungen vornehmen müssen. Sie wollen aber, dass es dabei gerecht zugeht.

Deshalb nochmals – Bei der Sicherung von Bildungschancen geht es um Gerechtigkeit. Bildung ist die Schlüsselvoraussetzung für einen weiteren erfolgreichen Lebensweg, für gesellschaftliche Integration und nicht zuletzt auch für eine erfolgreiche Stadt. Deswegen finden Sie zu diesem Thema fast nichts in unserem Programm zur Haushaltskonsolidierung.

Im Gegenteil, das Ausbauprogramm „5 x 300“ für den Krippenbereich geht auch unter den schwierigen finanziellen Bedingungen weiter. Wir wollen im Jahr 2013, wenn der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr in Kraft tritt, für rund 40 % dieser Kinder einen Betreuungsplatz zur Verfügung stellen. Das ist nicht nur in der Durchführung ein anspruchsvolles Ziel, sondern auch ein finanzieller Kraftakt. 2 Millionen Euro jährlich kosten die 300 weiteren Plätze, die wir in unserem Haushaltsplan für das nächste Jahr kalkuliert haben, dazu kommen Investitionskosten. Ich bin überzeugt, anders als viele andere Städte werden wir mit diesen Anstrengungen den anstehenden Rechtsanspruch auch tatsächlich umsetzen können. Hannover ist eine außerordentlich familienfreundliche Stadt und das beweisen wir, gerade in diesem Jahr nachdrücklich.

Kein Sparen bei Kindern und Jugendlichen

Ausbau der Kinderbetreuung

Zum Dritten haben wir der Versuchung widerstanden, auf den drastischen Einnahmerückgang mit einer Anhebung der großen Steuern, der Gewerbesteuer und der Grundsteuer, zu reagieren. Seit nunmehr 16 Jahren sind die Hebesätze stabil und sie sollen es nach unserer Auffassung auch in den nächsten Jahren bleiben. Dahinter steht folgender Gedanke: Wir erleben im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise derzeit in vielen Bereichen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen ist noch nicht drastisch gestiegen, das verdanken wir vor allem der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Alleine in Hannover haben wir derzeit eine fünfstellige Zahl von Menschen, die sich in Kurzarbeit befinden und ohne das staatliche Engagement wohl arbeitslos wären. Ich habe einen Arbeitskreis mit führenden Vertretern der Sozialpartner und der öffentlichen Institutionen im Raum Hannover ins Leben gerufen, der lokale Maßnahmen zur Bekämpfung oder wenigstens zur Abfederung von Arbeitslosigkeit koordinieren soll. Die Experten dort sind sich einig, dass die Phase bis Sommer nächsten Jahres schwierig wird und wir mit weiteren schlechten Nachrichten aus den hannoverschen Unternehmen rechnen müssen.

Ebenso sicher ist aber auch, dass auf den Abschwung ein Aufschwung folgt. Und in diesem Aufschwung werden sich viele Unternehmen entscheiden, wo sie investieren und wo sie Arbeitsplätze schaffen. Ich möchte nicht, dass der Standort Hannover gerade in diesem Zeitraum Nachteile hat. Hannover ist ein sehr wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort und er soll es bleiben. Deswegen finden Sie in unserem Programm zwar den einen oder anderen Vorschlag zur Erhöhung einer Bagatellsteuer, aber keinen Vorschlag zur Erhöhung von standortrelevanten Steuern. Und am Rande darf ich hinzufügen, dass eine solche Maßnahme im Übrigen auch mehr im Regionshaus als im Rathaus Freude auslösen würde. Das kann aber bei allem Regionalbewusstsein, das uns miteinander beseelt, nicht unser vorrangiges Ziel sein.

Schließlich und viertens planen wir weiter mit nachhaltigen Investitionen der Stadt Hannover. Zurzeit gibt es geradezu ein eigenes lokales Konjunkturprogramm. Vor allen Dingen in den Schulen finden zahlreiche Sanierungsmaßnahmen statt. In den vergangenen beiden Jahren sind insgesamt rund 41 Millio-

Stabilität von Gewerbe- und Grundsteuer

Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Hannover sichern

Fortsetzung der Sanierung von Schulen und Kitas

nen Euro für Schulsanierungen vorgesehen worden, die derzeit zügig abgearbeitet werden. In allen Stadtbezirken gibt es dafür sehr gute Beispiele. Es handelt sich um den absoluten Schwerpunkt unserer Investitionen. In diesem und im nächsten Jahr wollen wir noch einmal Haushaltsmittel in Höhe von rund 80 Millionen Euro in die Sanierung der städtischen Gebäude und dort vor allem in die Schulen investieren. Dazu kommen noch einmal 23 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II. Und schließlich werden zur Zeit im Rahmen von so genannten Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) 2 große Projekte mit insgesamt 45 Millionen Euro Investitionsumfang abgewickelt.

Wir wollen diesen Schwerpunkt unserer Investitionen auch und gerade unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen fortsetzen. Es gibt nur Gewinner: Wir verbessern die Arbeits- und Lernbedingungen an den Schulen für die Lehrer und für die Schüler. Wir fördern das lokale Handwerk, denn die Aufträge gehen ganz überwiegend an Unternehmen aus der Region. Rund 1000 Arbeitsplätze sichern wir zur Zeit auf diese Weise. Und schließlich nutzen wir nachhaltig den Stadtfinanzen. Das mag zunächst den einen oder anderen verwundern, denn diese Investitionen müssen und wollen wir überwiegend durch Kredite finanzieren. Die Wirtschaftlichkeit liegt aber auf der Hand, denn es handelt sich durchweg um zwingend notwendige Investitionen, bei denen man sich allenfalls darüber unterhalten kann, ob sie jetzt oder in einigen Jahren vorgenommen werden. Jede Investition, die wir verschieben, kommt uns dann später teuer zu stehen.

Obwohl es uns außerordentlich schwer gefallen ist, schlagen wir Ihnen für den Vermögenshaushalt eine Nettokreditaufnahme Null vor, kurz gesagt: Keine zusätzlichen Schulden. Anders steht es mit dem Wirtschaftsplan für unser Gebäudemanagement und die Sanierungen für die Schulen und Kindergärten. Aus allen genannten Gründen wollen wir das Sanierungsprogramm fortsetzen und wir wollen dafür auch neue Kredite in Höhe von 28 Millionen Euro in Kauf nehmen.

Sie wissen alle, dass es zur Umsetzung dieses Vorschlages zweierlei bedarf, einer Zustimmung des Rates und einer Zustimmung der Kommunalaufsicht. Im Hinblick auf unsere Investitionen sind wir nicht Herr

Schulsanierung verbindet diverse Vorteile

Keine zusätzlichen Kredite im Vermögenshaushalt

Politischer Wille der Landesregierung entscheidet über Schulsanierung

im eigenen Haus, sondern abhängig von Entscheidungen durch das Innenministerium. Ob deswegen die sinnvolle Schulsanierung fortgesetzt werden kann oder nicht, hängt nicht nur vom politischen Willen der demokratisch gewählten städtischen Repräsentantinnen und Repräsentanten ab. Es hängt am Ende ab von dem politischen Willen der Landesregierung.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen Vergleich. Über den groben Daumen gepeilt kann man sagen, dass das Volumen des städtischen Haushaltes etwa 10 % von dem des Landeshaushaltes entspricht. Unser Haushalt umfasst im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt etwa 2,1 Milliarden Euro, der Landeshaushalt umfasst etwa 25 Milliarden Euro. Davon sieht das Land etwa 10 % für Investitionen vor, wir hingegen nur etwas mehr als 5 %. Und das - obwohl Kommunen einen größeren Investitionsbedarf haben als ein Bundesländer. Das Land hat sich in den vergangenen Jahren gerühmt, seine Kreditaufnahme von Jahr zu Jahr verringert zu haben, wir hingegen haben die Stadt in den letzten 4 Jahren real um 200 Millionen Euro entschuldet. Sowohl das Land wie die Stadt müssen leider mit neuen Schulden kalkulieren. Das Land sieht in diesem Jahr jeweils 2,3 Milliarden Euro neue Schulden vor, das sind etwa 8 % des Haushaltsvolumens und damit fast exakt so viel, wie neue Investitionskredite und neue Kassenkredite nach unserer Planung bei der Stadt zu erwarten sind.

Warum ziehe ich diesen Vergleich? Weil ich nur eine bescheidene Bitte an das Innenministerium als Kommunalaufsicht des Landes habe. Diese Bitte, man könnte auch von einer berechtigten Forderung sprechen, lautet: Das Land muss seine Kommunen genauso behandeln, wie es sich selbst behandelt. Wenn das Land sich selbst Möglichkeiten für notwendige Investitionen eröffnet, dann muss dieselbe Landesregierung die selben Möglichkeiten auch ihren Kommunen eröffnen. Das ist, wie ich finde, nicht zu viel verlangt und wenn dies in einer schwierigen Situation der Maßstab für das Niedersächsische Innenministerium ist, können wir unsere Schulen und Kindertagesstätten weiter sanieren. Insofern geht die eindringliche Bitte und die klare Forderung an die Landesregierung, unserer Stadt genauso wie allen anderen niedersächsischen Kommunen dringend notwendige Investitionen auch zu ermöglichen.

**Forderung: Gleichbehandlung
von Kommunen und Land**

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine Zwischenbilanz ziehen. Der richtige Umgang mit der Krise besteht nach meiner Überzeugung darin, Glaubwürdigkeit zu beweisen, Verantwortung zu übernehmen, und die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Wir müssen aus der Krise stärker herauskommen, als wir hinein gegangen sind. Das heißt, dass wir in vielen Bereichen sparen müssen, dass wir zugleich die strategisch relevanten Schwerpunkte fortsetzen und dass wir weiter investieren müssen. Mit diesen wenigen Sätzen ist der Kern unseres Vorschlages zum Haushaltsplan und zur Haushaltskonsolidierung umrissen.

Stadtentwicklung ist weit mehr, als die Zahlenkolonnen im Haushaltsplan und im Konsolidierungsprogramm zum Ausdruck bringen. In vielen Bereichen arbeiten wir mit Partnern zusammen, die wichtige Beiträge für unsere Stadt leisten. In vielen Bereichen verändern wir Strukturen, um Hannover fit zu machen für die Zukunft.

Das gilt z. B. im Bereich der Bildung. Der Einstieg in unser Bildungssystem erfolgt über Krippen- und Krabbelgruppen und meine Hinweise zum systematischen Ausbau dieser Betreuungsform muss ich nicht wiederholen. Nach dem Kindergarten folgt die Schulzeit und hier zeichnen sich spannende Veränderungen ab. Die Einrichtung von Ganztagschulen wird immer wichtiger. Die Verbindung von Unterricht mit außerschulischen Angeboten zu einem ganzheitlichen Bildungsangebot ist der Schlüssel für mehr und bessere Bildung. Ganztagschulen sind gut für den individuellen Bildungsweg, sie sind gut für die soziale Integration der Kinder und sie helfen den Eltern, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen.

Das gilt ganz besonders für die Grundschulen und deswegen werden wir den Beteiligten ein Angebot unterbreiten, wie wir aus fünf bestehenden Ganztagsgrundschulen deutlich mehr machen können. Das ist in Zeiten knapper Kassen schwer, setzt wieder einmal die Mitwirkung des Landes voraus, aber es ist machbar. Ich jedenfalls bin gespannt auf die Diskussion.

Nach der Grundschule geht es weiter und die Eltern in Hannover haben klare Vorstellungen davon, wie es für ihre Kinder weitergehen soll. Etwas mehr als die Hälfte melden ihre Kinder für die Gymnasien an, aber

Stadtentwicklung mehr als ein Haushaltsplan

Ausbau von Ganztagschulen notwendig

etwa 40 % der Eltern wünschen sich eine Gesamtschule für ihr Kind. Deswegen hat vor wenigen Monaten die IGS Stöcken den Betrieb aufgenommen. Im August des nächsten Jahres wird die IGS Badenstedt folgen. In unserer Planung ist ein dritter IGS-Schulstandort vorgesehen, der ebenfalls hoffentlich schon zu Beginn des nächsten Schuljahres unsere Schullandschaft bereichern wird. Ich bin sicher, in diese Richtung wird die Entwicklung weitergehen, dass Anmeldeverhalten der Eltern spricht eine mehr als deutliche Sprache.

Nach der Schule folgt die Lehre oder das Studium. Die Berufsorientierung und die Vorbereitung auf das Arbeitsleben sind immer noch nicht zufriedenstellend, daran haben auch zahlreiche Bemühungen vieler Beteiligter in den vergangenen Jahren nichts ändern können. Das kann vor allem auch dann besonders problematisch werden, wenn im Jahre 2011 zwei Abiturjahrgänge auf den Ausbildungsmarkt kommen. Deswegen bemühen wir uns gemeinsam mit vielen anderen Beteiligten aus der Wirtschaft und dem öffentlichen Bereich darum, die Zusammenarbeit deutlich zu verbessern und Vorsorge zu treffen.

Der Treibstoff für die Ökonomie der Zukunft ist die Wissenschaft. Die Qualität der wissenschaftlichen Einrichtungen, die Attraktivität des Standortes für Studierende, für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kann in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Deshalb bin ich über die Entwicklung der Wissenschaftslandschaft in unserer Stadt sehr erfreut:

Wir haben ein großes wissenschaftliches Potential an den unterschiedlichen Hochschulen unserer Stadt und deren Zusammenarbeit wird stetig besser. Das Potential für eine erfolgreiche Bewerbung im Rahmen der Exzellenz-Initiative der Bundesregierung ist sicherlich da, und ich bin gespannt, ob ein solcher Antritt gelingt. Das Schloss in Herrenhausen wird nicht nur eine Touristenattraktion, sondern vor allem auch ein Wissenschaftszentrum. Mit dieser Plattform können wir das große wissenschaftliche Potential in unserer Stadt künftig viel besser auch nach außen zeigen und ich bin überzeugt davon, Hannover wird von dieser hervorragenden Initiative der VW-Stiftung außerordentlich profitieren. Deswegen freut es mich

Anhaltende Nachfrage nach Gesamtschulen

Strategische Bedeutung der Wissenschaft für Hannover

auch, dass die Entscheidung für das Schloss hier im Rat weitgehend einhellig gefasst worden ist. Über die strategische Bedeutung dieses Vorhabens besteht Einvernehmen.

Wie bereits gesagt: Die Wissenschaft wird auch eine zunehmende Bedeutung für den Wirtschaftsstandort gewinnen. Ein guter Teil der Tätigkeit von Hannoverimpuls besteht darin, diese Verknüpfung herzustellen und in junge Unternehmen mit Perspektive umzusetzen. Mehr als 12 000 Arbeitsplätze sind in den vergangenen Jahren mit Hilfe von Hannoverimpuls entstanden und man kann dieses ambitionierte Vorhaben als einen vollen Erfolg bezeichnen. Deswegen bin ich auch sicher, dass Hannoverimpuls keine Episode bleiben wird, sondern wir in absehbarer Zeit die Entfristung beschließen werden.

Unter den verschiedenen Wirtschaftsbranchen mit guten Zukunftsaussichten in Hannover gebührt der Gesundheitswirtschaft, so meine ich, ein besonderer Augenmerk. Die Medizinische Hochschule hat in den vergangenen 10 Jahren wirklich eine atemberaubende Entwicklung genommen und ihre wissenschaftliche Exzellenz macht sie zunehmend zum gesuchten Partner für Unternehmen. Wir befinden uns in einem engen Kontakt mit der MHH hinsichtlich ihrer weiteren Entwicklung, von der die ganze Stadt profitiert.

Dasselbe gilt für die Leibniz-Universität mit den Ingenieurwissenschaften und für die Tierärztliche Hochschule, die ebenfalls in diesem Segment über besondere Qualitäten verfügen.

Wir haben in der nächsten Woche eine wichtige Entscheidung für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Hannover zu treffen. Ich spreche von der Ansiedelung des Forschungszentrums von Boehringer Ingelheim.

Ich will ausdrücklich festhalten: Der Rat geht hier sehr verantwortungsvoll mit dieser Entscheidung um. Nach allen uns vorliegenden Informationen besteht kein Zweifel an der Sicherheit und Umweltverträglichkeit des geplanten Forschungszentrums. Und bei allem Respekt vor den ethischen Bedenken von Tierschützern ist auch darauf hinzuweisen, dass die dort geplante Entwicklung von Impfstoffen dazu beitragen wird, die Gesundheit und das Leben von Tieren zu erhalten, die heute zum Schutz vor Infektionen getö-

Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft schafft Arbeitsplätze

Besondere Bedeutung der Gesundheitswirtschaft

Verantwortungsbewusster Umgang mit Boehringer-Ansiedlung

tet werden. Nochmals: Ich habe selten eine so gründliche Abwägung von Pro und Contra im Rahmen einer Bauleitplanung erlebt. Deswegen können wir für unsere Meinung denselben Respekt in Anspruch nehmen, den die Kritiker für ihre Auffassung geltend machen.

Natürlich entstehen Arbeitsplätze nicht nur in wissenschaftsnahen Einrichtungen und Unternehmen. Deswegen begrüße ich sehr die Überlegungen der Hannover Holding, dass Kerngeschäft der Wirtschaftsförderung in der Region weiter zu stärken. Gerade in der Wirtschaftsförderung sind wir in den vergangenen Jahren in der Region eng zusammen gerückt. Das wird künftig auch räumlich der Fall sein, wenn unsere Wirtschaftsförderung und die der Region in das TCH an der Vahrenwalder Straße einziehen und wir damit ein starkes Zentrum der gemeinsamen regionalen Wirtschaftsförderung in Hannover haben werden.

Damit sind wir beim Thema der regionalen Kooperationsfähigkeit und das gilt innerhalb der Region Hannover, aber auch darüber hinaus. So war es nur folgerichtig, dass wir eine treibende Kraft beim Neustart der Metropolregion waren. Gemeinsam mit den Regionen Braunschweig – Wolfsburg und Südniedersachsen sind wir stark genug, im Wettbewerb der Metropolregionen eine gute Rolle zu spielen. Es geht darum, die Potentiale in diesem Raum zu nutzen, gerade auch für die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeit.

Wir müssen uns anstrengen. Denn wir haben in diesem Jahr eine Anzahl schlechter Nachrichten zu verkraften gehabt. Der fortdauernde Stillstand am Ihme-Zentrum gehört ebenso dazu, wie die Sorgen um die Zukunft der Gilde-Brauerei und erst recht die alarmierenden Auseinandersetzungen bei der Conti. Es sind nicht wenige Baustellen, die sich für das nächste Jahr vorhersehen lassen und auf den meisten kann die Stadt nicht unmittelbar Einfluss nehmen

Bei allem notwendigen Problembewusstsein muss uns aber bewusst sein, dass Hannover diese Themen aus einer Position der inneren Stärke heraus angeht. Zu den erfreulichen Nachrichten der vergangenen Monate zählen ganz sicher die Ergebnisse einer großen Umfrage zur Zufriedenheit der Men-

Optimierung der Wirtschaftsförderung

Hohe Zufriedenheit der Hannoveraner/innen

schen in unserer Stadt. Von einer hervorragenden Basis aus ist noch einmal eine Steigerung der Werte zu verzeichnen gewesen. Fast 90 % der Befragten sind sehr zufrieden oder zufrieden mit ihrem Leben in Hannover. Das ist gerade auch im Städtevergleich ein hervorragender Wert.

Im nächsten Jahr feiern wir das 10jährige Jubiläum der Weltausstellung Expo 2000. Diese einmalige Veranstaltung hat Hannover verändert. Die Stadt hat Fahrt aufgenommen und den Schwung genutzt für eine nachhaltige Entwicklung. So soll es auch weitergehen.

Ich freue mich über die anhaltende Modernisierungswelle unserer Innenstadt. Sichtbarstes Vorhaben: Der Umbau des Kröpcke-Zentrums. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse des Diskussionsprozesses zur City 2020 und überzeugt davon, dass wir Schritt für Schritt die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt weiter verbessern können. Der neue Opernplatz ist dafür ein besonders gutes Beispiel und ich freue mich, dass dieser Platz so gut von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen angenommen wird, die jetzt auch dort gut miteinander auskommen.

Das alles ist Ausdruck der Lebensqualität in unserer Stadt, die wir natürlich auch vor allem dem reichhaltigen kulturellen Angebot zu verdanken haben. Der neue Museumsbetrieb im Schloss Herrenhausen und der Ausbau des Sprengel Museums sind jeweils anspruchsvolle Vorhaben, die diesem Ziel dienen. Neue Besucherrekorde in Herrenhausen und der überragende Erfolg der Ausstellung „Marc, Macke und Delaunay“ mit mehr als 250 000 Besucherinnen und Besuchern hat die Kulturbefähigung vieler Hannoveranerinnen und Hannoveraner und vieler auswärtiger Gäste eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Ich glaube, wir sind gut beraten, auf diesem Weg weiterzumachen.

Es ist sicher keine Frage, wir arbeiten in einem schwierigen Umfeld und an Herausforderungen wird es im nächsten Jahr nicht mangeln. Die Weltwirtschaftskrise macht nun einmal keinen Bogen um unsere Stadt. Ich glaube, es ist richtig, diese Herausforderungen sehr problembewusst, aber auch selbstbewusst anzugehen. Hannover ist stark und befindet sich auf dem richtigen Weg.

Modernisierung der Innenstadt setzt sich fort

Große Resonanz auf Kulturan- gebot

Problembewusstsein und Selbstbewusstsein

Ich habe übrigens den Eindruck, dass ich damit nicht nur meine eigene Befindlichkeit wiedergebe. Wenn ich es recht sehe, dann gibt es in wesentlichen Fragen der Stadtentwicklung zwischen Stadtverwaltung und Rat einen hohen Konsens. Das gilt für die Ratsmehrheit, mit der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit besteht, ebenso wie für die Minderheit, von der ich grundsätzlich das Gleiche sagen kann. Ein solcher Konsens ist gut und wir sollten ihn uns bewahren und ich bedanke mich bei allen Mitgliedern des Rates für das Klima, in dem wir unsere Arbeit tun.

Bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Der Haushaltsplan und das Programm zur Haushaltskonsolidierung sind das Ergebnis vielfältiger Anstrengungen und harter Arbeit, an der viele in den unterschiedlichen Bereichen der Stadtverwaltung ihren Anteil hatten. Dass wir Ihnen durchdachte und seriöse Vorschläge präsentieren können, ist eine Gemeinschaftsleistung.

In diesem Sinne wünsche ich Ihren Beratungen einen guten Verlauf. Es sind lausige Zeiten, aber am Ende gilt eben der Grundsatz unseres Ehrenbürgers Gerhard Schröder: „Wenn es einfach wäre, könnten es auch die Anderen!“

Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Konsens in wesentlichen Fragen der Stadtentwicklung